



## Nr. 01

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 17. Februar 2014

Antragsteller: Dr. Markus Pieper MdEP (Vorsitzender der Kommission Europa)

---

### Europawahlen 2014: Forderungskatalog der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

#### Präambel

Seit vielen Jahren profitieren unsere Unternehmen von einer stabilen Währung. Ohne die Eurozone würde der deutschen Exportwirtschaft ein wichtiger Markt fehlen. Gut 37 % der deutschen Exporte gehen in die Länder der Eurozone in einem jetzt einheitlichen Euro-Zahlungsraum ohne zusätzliche Kosten für grenzüberschreitende Geschäfte. Das schafft Planungssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen. Ein weiterer Vorteil für internationale Geschäfte: Rund 65 % der deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU werden in Euro abgewickelt. Keine Wechselkursrisiken mehr - dies mindert die Kosten bei internationalen Geschäften. Wir wollen den Euro stabil halten und die EU-Kommission in ihren Kompetenzen zur Begrenzung nationaler Schulden bestärken. Wir lehnen jedoch alle Instrumente ab, die kurz-, mittel- oder langfristig darauf abzielen, nationale Schulden in der Europäischen Union zu vergemeinschaften.

Ohne Europäischen Binnenmarkt kein starker Mittelstand. Mit nun 28 Mitgliedsstaaten haben sich die Europäische Union und der damit verbundene Binnenmarkt zu einer starken Gemeinschaft entwickelt. Dank der bisherigen Harmonisierung der Binnenmarktregeln generieren die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen bislang bis zu 0,8 Prozent an jährlichem Wirtschaftswachstum für die europäischen Volkswirtschaften. Der Export deutscher Waren allein in die Beneluxstaaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) ist beispielsweise höher als in die USA oder China. Zudem gehen Schätzungen von einem jährlichen Wachstumspotenzial von weiteren 0,4 Prozent über die kommenden zehn Jahre aus, wenn die Regeln des Binnenmarktes weiter verbessert, vereinheitlicht und vereinfacht werden. Wir wollen den Binnenmarkt vollenden, weil dies grundsätzlich weniger Bürokratie bedeutet. Eine europäische Einmischung in nationale Kompetenzen - etwa in der Bildungs- und Rentenpolitik - lehnen wir jedoch ab.

#### Ein starker Euro für einen starken Mittelstand

Die Reformdynamik in der Eurozone darf nicht nachlassen und die Schuldenkrise muss weiterhin bekämpft werden. Die Politik „Rettungskredite gegen Auflagen“ verzeichnet erste Erfolge: Der Umbau der Sozialsysteme, Privatisierungen auf breiter Front und moderate Lohnzurückhaltung haben die Arbeitsproduktivität gerade südeuropäischer Euro-Länder nachhaltig erhöht. Diese Reformpolitik gilt es fortzusetzen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

- 54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94
1. fordert nationalen Schuldenexzessen in der Europäischen Union vorzubeugen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus bietet zusammen mit dem EU-Fiskalvertrag und einem gehärteten Stabilitäts- und Wachstumspakt (automatische Defizitverfahren, "europäisches Semester") eine solide Basis.
  2. fordert ein Vetorecht der Kommission bei Verletzung gemeinsamer europäischer Regeln und ein Zurückweisungsrecht für nationale Haushalte, die gegen Stabilitätskriterien verstoßen.
  3. lehnt alle Vorschläge, die auf eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Eurozone abzielen (Eurobonds, Schuldentilgungsfonds und eine gemeinsame Einlagensicherung im Rahmen der "Bankenunion") – im Gegensatz zu Grünen und Sozialdemokraten – entschieden ab, weil dies die Transferunion durch die Hintertür ist.
  4. weist darauf hin, dass es für EU-Vertragsänderungen, die in das nationale Budgetrecht eingreifen und damit eine Vergemeinschaftung von Schulden oder gemeinschaftliche Haftungsinstrumente ermöglichen, Änderungen des Grundgesetzes bedarf, die mit einer angemessenen Beteiligung der Bevölkerung einhergehen müssen.
  5. befürwortet eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, aber nur für systemrelevante Banken: Das Drei-Säulen-Modell mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat sich ausreichend bewährt. Privatkunden und mittelständische Unternehmen finden in diesen Banken verlässliche Partner. Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen daher nicht unter die gleiche Bankenaufsicht wie international tätige Investmentbanken fallen.
  6. fordert, dass die Politik sich nicht in die Aufgaben der EZB einmischt, da eine stabile Währung nur mit einer unabhängigen Geldpolitik möglich ist. Die EZB soll sich, ihrem Mandat entsprechend, auf Geldpolitik und die Geldwertsstabilität beschränken und ihre Rettungspolitik für angeschlagene Eurostaaten auf extreme Notfallsituationen reduzieren.
  7. setzt sich für die Möglichkeit ein, dass Mitgliedsstaaten – ohne die Europäische Union zu verlassen - aus der Eurozone austreten können, wenn sie nicht in der Lage oder gewillt sind, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten. Im Zuge der Währungsstabilisierung sind auch Verfahren für geordnete Umschuldungen vorzusehen.
  8. fordert, dass die europäische Bankenaufsicht organisatorisch unabhängig von den geld- und finanzpolitischen Strukturen der EZB agieren muss, fordern nunmehr für den "Single Supervisory Mechanism" innerhalb der EZB wenigstens unabhängiges Personal und eigenständige Aufsichtsgremien.

### 95 **Europäischer Binnenmarkt: Exportmotor für den Mittelstand**

96  
97  
98  
99  
100  
101  
102

Deutschland hat als starkes Exportland ein besonderes Interesse daran, dass seine Waren und Dienstleistungen ohne größere Barrieren in die Nachbarländer gelangen können und der Handel in Europa möglichst ohne negative staatliche Einflüsse sein Potenzial entfalten kann. Insgesamt müssen aber weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Regelungsaufwand auf europäischer Ebene für die Unternehmen zu verringern.

#### 103 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

- 104  
105  
106  
107  
108  
109
1. fordert eine Harmonisierung der bislang unterschiedlichen Datenschutz-Anforderungen der Mitgliedsstaaten;
  2. fordert mit der „Europa GmbH“ eine neue Rechtsform, die dem Mittelstand grenzüberschreitende Betätigung im europäischen Binnenmarkt weiter erleichtert;

- 110  
111 3. unterstützt einen Energiebinnenmarkt, weil geographische Vorteile der Energieproduktion  
112 die Kosten senken;  
113  
114 4. fordert, dass an den EU-Außengrenzen Kontrollen für Produktsicherheit verstärkt werden,  
115 damit außereuropäische Importe verlässliche End- und Vorprodukte darstellen;  
116  
117 5. fordert ein Europäisches Aktionsprogramm gegen die weltweit zunehmende  
118 Wirtschaftsspionage und gegen Produkt- und Markenpiraterie;  
119  
120 6. fordert eine transatlantische Freihandelszone mit den USA. Schon heute sehen 75 % der  
121 Unternehmen in Deutschland die Notwendigkeit, Normen und Standards anzupassen bzw.  
122 gegenseitig anzuerkennen – unter Beibehaltung der hohen Sicherheits- und  
123 Verbraucherschutz-niveaus der EU.  
124  
125

### 126 **Bürokratie abbauen und Innovationspotenzial stärken**

127  
128 Die rund 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland gewinnen einerseits  
129 durch einen starken europäischen Binnenmarkt und freien Warenverkehr. Aus einem Chaos von  
130 150.000 unterschiedlichen nationalen Industrienormen und technischen Standards entstanden  
131 durch den EU-Binnenmarkt 19.000 verlässliche EU-Normen – dies ist eine Riesenerleichterung für  
132 den exportorientierten Mittelstand. Andererseits bedrohen unnötige bürokratische Belastungen  
133 immer wieder die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes.  
134

#### 135 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

- 136  
137 1. kritisiertn kleinteilige Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission wie die  
138 Regulierung von Duschköpfen, Staubsaugern, Glühlampen oder Olivenölkännchen. Diese  
139 verursachen nicht nur Bürokratie für Unternehmen, sie führen auch zu Unverständnis über  
140 Europa bei Bürgerinnen und Bürgern;  
141  
142 2. sieht durch eine Neufassung der „Verordnung über die Sicherheit von  
143 Verbraucherprodukten“ die Herkunftsangabe „Made in Germany“ gefährdet. Die  
144 Europäische Kommission sollte im Interesse der gesamten europäischen Industrie von  
145 diesem Vorhaben Abstand nehmen;  
146  
147 3. fordert die Europäische Kommission auf, ihre Kompetenzen nicht zu überschreiten.  
148 Europäische Mindestlöhne und Mindestrenten fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich  
149 der EU. Frauenquoten und eine verpflichtende Berichterstattung über soziales Engagement  
150 von Unternehmen sind überflüssig;  
151  
152 4. fordert eine effiziente Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik. Anstatt mit mehreren  
153 parallelen Zielsetzungen (verpflichtende Energieeinsparung, verpflichtende CO2-  
154 Reduzierung und verpflichtender Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien) Bürokratie zu  
155 schaffen und Innovationsdynamik zu lähmen, muss sich die EU-Gesetzgebung auf das  
156 CO2-Reduzierungsziel beschränken;  
157  
158 5. fordert die Schaffung eines unabhängigen EU-Normenkontrollrates, der die Kommission  
159 dabei unterstützt, den Bürokratieaufwand neuer Regulierungsvorschläge und die Kosten  
160 für die Wirtschaft, insbesondere mittelständischer Unternehmen, zu überprüfen;  
161  
162 6. fordert eine deutliche Reduzierung der Zahl der Kommissare. Die EU-Kommission muss  
163 den Ressortegoismus von Kommissaren und Generaldirektionen überwinden und eine  
164 vorbehaltlose Überprüfung des gesamten bürokratischen Regelwerkes nach dem Vorbild  
165 der Stoiber-Kommission angehen.

166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202

## **Duale Ausbildung unterstützen**

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat in der Krise seine Stärke bewiesen. Dies ist u.a. dem deutschen System der dualen Ausbildung zu verdanken. Es zeigt, dass deutsche Unternehmen gut und gerne Bildungsverantwortung übernehmen und damit beispielhaft in Europa an der Spitze stehen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

1. will das deutsche duale System aus schulischer und betrieblicher Ausbildung erhalten und europaweit auf der Basis von best-practice-Beispielen ausbauen;
2. fordert eine Fokussierung des Europäischen Sozialfonds speziell auf die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit;
3. lehnt eine Einmischung der Europäischen Kommission in nationale Bildungssysteme ab. Die Qualität der Berufsausbildung darf nicht in Frage gestellt und berufliche Bildung nicht in unangebrachter Weise akademisiert werden;
4. fordert, dass die Verantwortung in Fragen der Berufsbildung bei den Mitgliedsstaaten bleibt und nicht der Europäischen Kommission übertragen wird;
5. fordert eine Stärkung des Meisterbriefes, der reglementierten Berufe und unternehmerischer Selbständigkeit. Wir lehnen den Eingriff der Kommission in diesen Fragen ab. Gerade die Meisterqualifikation garantiert die hohe Qualität der Ausbildung und somit deutscher Produkte und Dienstleistungen;
6. fordert eine bessere Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen in der EU und beschleunigte nationale Anerkennungsverfahren

Die nationale Verantwortung darf bei diesen Fragen nicht aus der Hand gegeben werden. Dies ist der CDU/CSU-Gruppe beim neuen europäischen Ausbildungsrahmen durch sogenannte nationale „Opt-Out-Lösungen“ vorerst gelungen. Darüber hinaus haben wir erfolgreich für einen Durchstieg zwischen dem deutschen Meister und dem Bachelor gekämpft. Damit konnten wir eine Abwertung des Meistertitels gegenüber akademischen Abschlüssen verhindern.